

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 06.07.2018

Von Hansgeorg Hermann, Paris

08.07.2018

«*Situation ist katastrophal*»

Frankreichs Umweltminister kündigt Kurswechsel an. Kritiker skeptisch



Umweltminister Nicolas Hulot (rechts) am Mittwoch während der Pressekonferenz in Paris

Foto: Gerard Julien/Pool/Reuters

Nicolas Hulot hat am Mittwoch nachmittag in Paris einen ehrgeizigen Plan zum Schutz der Artenvielfalt und zur Erhaltung unbebauter Naturflächen vorgestellt. Vor Journalisten erklärte Frankreichs Umweltminister, die Regierung werde mit einem voraussichtlichen Budget von rund 250 Millionen Euro die Bauern des Landes in ihr Projekt einbinden. In vergangenen Jahrzehnten für den industriellen Agrarbetrieb hergerichtete, baumlose

landwirtschaftliche Produktionsflächen sollen mit Hecken und Waldstreifen zurückgebaut werden. Kritikern geht das nicht weit genug. Sie verlangen einen »radikalen Reformismus«. Ohne »eine totale Veränderung« der Gesellschaftspolitik seien wirksame Umweltmaßnahmen unmöglich.

Wie Hulot erklärte, soll sein Projekt vor allem klarmachen, dass keine Zeit mehr zu verlieren sei. »Meine erste Zielvorgabe ist, das Problem sichtbar zu machen. Die Franzosen müssen begreifen, dass die Situation katastrophal ist. 40 Prozent der lebenden Arten werden bis Mitte des Jahrhunderts verloren sein, wenn wir nichts unternehmen.« Hulot verlangte »eine weltweite Front« gegen das Artensterben und den Verbrauch von Naturlandschaften.

Um Einwänden des allgemein als Lobbyist der Agrarindustrie angesehenen Landwirtschaftsministers Stéphane Travert zuvorzukommen, hatte Hulot bereits am Dienstag der Hauptstadtzeitung *Le Parisien* ein ausführliches Interview gegeben. In dem Gespräch kündigte er an, in den nächsten vier Jahren 20 neue Naturschutzgebiete auszuweisen oder bereits bestehende zu erweitern. Auf die Frage, warum auch die französische Regierung den Einsatz von Glyphosat noch einmal genehmigt habe, verteidigte sich Hulot mit dem Hinweis darauf, dass die Europäische Kommission das Pestizid für noch einmal zehn Jahre genehmigen wollte und es der Intervention Frankreichs zu verdanken sei, dass dies auf fünf Jahre reduziert wurde.

Der »Kampf gegen den Beton« sei eine zweite wichtige Forderung an die Umweltpolitik, sagte Hulot. Ziel sei es, in Gewerbe- und Baugebiete umgewandelte Flächen an anderer Stelle im selben Umfang durch geschützte Naturgebiete zu ersetzen. »Die Blütezeit der völlig überdimensionierten Verkaufsflächen haben wir hinter uns«, hofft der Minister. Auf den Hinweis, seine Regierung habe doch gegen einen gerichtlich verfügten Baustopp für das gigantische Kommerzzentrum »EuropaCity« im Norden von Paris Einspruch erhoben, meinte Hulot: »Das Projekt muss umgestaltet werden.« Seinen Rückzieher bei den Laufzeiten für die französischen Atomkraftwerke, deren Nutzung er bis 2025 um die Hälfte reduzieren wollte, begründete Hulot damit, dass er »keine einzige wirklich ehrliche Person getroffen« habe, »die gesagt hätte, dass das von heute an bis 2025 tatsächlich machbar wäre«. Dem sich hartnäckig haltenden Gerücht, er werde wegen Macrons neoliberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik als Umweltminister zurücktreten, entgegnete Hulot mit einem eher vagen Dementi: »Ich werde weiterhin täglich meine Arbeit machen und auf solche Bemerkungen nicht eingehen.«

Dominique Bourg, Philosophieprofessor an der Universität Lausanne und Ordinarius für Umwelt- und Geowissenschaften, hält die von Hulot angestrebte »Umkehr des Trends« allerdings für aussichtslos, falls sie nicht im Kontext einer »totalen« Änderung der Gesellschaftspolitik gesehen werde. Bourg, der auch Vizepräsident der von Hulot gegründeten Umweltstiftung »Fondation pour la Nature et l'Homme« ist, warnte am Montag in Paris: »Alles muss sich in demokratischem Rahmen vollziehen und die Ökologie muss deshalb eine soziale Ökologie werden – sie muss im Kampf gegen die soziale Ungerechtigkeit stehen. Wenn das nicht akzeptiert wird, dann wird alles unmöglich sein.«